

Liebe Leserinnen und Leser,

die Rede zur Lage der Europäischen Union von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist ein jährliches Highlight im September - der Plenarsaal ist bis auf den letzten Platz gefüllt und auch Journalisten wie interessierte Bürger hören auf den Tribünen und online in ganz Europa gespannt zu. Schließlich lassen sich zukünftige Prioritäten und politische Botschaften daraus ablesen.



Dieses Jahr war einiges anders! Denn endlich wurde auch die Landwirtschaft gezielt angesprochen, ausführlich und sehr positiv. Frau von der Leyen hat sich ausdrücklich für die harte Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern bedankt, das war längst überfällig! Schließlich sichern sie unsere Ernährung und Versorgung mit Rohstoffen, fördern die Biodiversität und den Naturschutz.

Den von CDU/CSU geforderten Neustart für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa hat sie auf den Weg gebracht und konkrete, gute Vorschläge gemacht: vom Mittelstandsbeauftragten, über neue Handelsabkommen, bis hin zur von ihr angekündigten Untersuchung wegen der staatlichen Unterstützung für Elektroautos aus China. Der Ton hat sich gewandelt. Der Green Deal wird immer mehr zum Deal. Der Net-Zero-Industry-Act, der Critical Raw Materials Act oder auch der Chips Act helfen der europäischen Wirtschaft. Entscheidend wird sein, wie die europäische Wirtschaft vom Regulierungswahn entlastet werden kann.

Die ganze Rede finden Sie in der Kategorie „Lesenswert“ verlinkt.

Dass neun Monate vor der Europawahl die Frage der Spitzen- und Listenkandidaten, die Arbeitsweise und die neue Geschäftsordnung des Parlaments an Fahrt aufnehmen, versteht sich von selbst. Mein erster Blick richtet sich bis zum 8. Oktober auf die Wahlen zum bayerischen Landtag und zum Bezirkstag in Mittelfranken. Dafür werde ich mit Euch bis zum Wahltag kämpfen!

Viel Freude bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Bericht über die Reise des Haushaltskontrollausschusses nach Ungarn

Eine Delegation des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments hat vom 15.-17. Mai 2023 Ungarn bereist und dort zahlreiche Gespräche mit Vertretern unterschiedlicher Ebenen von Regierung und Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien geführt. Am heutigen Montag wird der Abschlussbericht der Reise nach Ungarn im Haushaltskontrollausschuss präsentiert.

Dazu erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses und Leiterin der Delegation nach Ungarn:

"Unsere Reise nach Ungarn hat leider viele beunruhigende Hinweise bestätigt. Dutzende Firmen (aus der EU und Ungarn) sind das Ziel von diskriminierenden Entscheidungen und Einschüchterungen der ungarischen Regierung, denn sie sind in Bereichen tätig, die die Regierung gerne in nationaler Dominanz oder den Händen einiger Oligarchen sehen würde. Von Sondersteuern über Gesetze, die über Nacht geändert werden, exzessiven Kontrollen und Marktmanipulationen durch willkürliche Preisfestlegungen, bis hin zu Besuchen der Geheimpolizei, wird jedes Mittel genutzt, um Druck aufzubauen und Firmen zum Verkauf zu drängen. Derartige Methoden dürfen in Europa nicht passieren.

Gleichzeitig häufen sich die Berichte, wonach öffentliche Ausschreibungen nur wenigen der Regierung nahestehenden Personen zu Gute kommen. Wir können nicht von anderen Staaten verlangen, dass sie entschieden gegen Oligarchen vorgehen, während das Gleiche unter Orbán aufgebaut und von den anderen Mitgliedstaaten aus Bequemlichkeit toleriert wird. Es wird höchste Zeit, dass die EU-Kommission und die anderen Mitgliedstaaten handeln und den europäischen Binnenmarkt und ihre eigenen Unternehmen schützen.

Man muss leider feststellen, dass die ungarische Regierung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie den Rücken gekehrt hat. Allein 2022 wurde der Haushalt 95-mal am Parlament vorbei geändert. Auch wenn es die ein- oder andere kleine positive Entwicklung im Bereich der Korruptionsbekämpfung gegeben hat, hat sich an der Gesamtsituation im Land nichts wesentliches geändert. Die ungarische Regierung muss endlich zu den europäischen Rechtsstaatlichkeitsstandards zurückkehren und das ohne Tricksen, Täuschen und Tarnen, damit die ungarische Bevölkerung endlich von EU-Geldern profitieren kann."

Hintergrund:

Die Aufzeichnung der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses kann hier angesehen werden: https://multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/committee-on-budgetary-control_20230904-1630-COMMITTEE-CONT

Der Abschlussbericht der Ungarn-Reise ist hier abrufbar:

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/CONT/DV/2023/09-04/HUCONT_MISSIONREPORTclean_EN.pdf

EuGH-Urteil zu Schadenersatz für die Behandlung von Flüchtlingen

Zum heutigen EuGH-Urteil über die Frage ob die Grenzschutz-Agentur Frontex Schadenersatz für die Behandlung von Flüchtlingen leisten muss, erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

"Das heutige Urteil des Europäischen Gerichtshofs markiert einen wichtigen Meilenstein in der nicht immer rational geführten Debatte um Verantwortlichkeiten im europäischen Asylsystem. Das Gericht unterstreicht das Offensichtliche: Die Rolle und Zuständigkeit von Frontex bei Rückführungsaktionen ist darauf beschränkt, die Mitgliedstaaten technisch und operativ zu unterstützen. Die Agentur hat keine Befugnis, Rückkehrentscheidungen oder Anträge auf internationalen Schutz zu bewerten.

Es liegt in der alleinigen Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten, Asylanträge zu prüfen und über Rückkehrentscheidungen zu urteilen. Es wäre schlichtweg nicht nachvollziehbar, wenn Frontex für Entscheidungen der nationalen Asylbehörden haftbar gemacht werden könnte.

Dennoch ist diese Klarstellung wichtig. Denn das Urteil entlastet die Grenzschutzagentur von zunehmend unbegründeten und häufig politisch motivierten Anschuldigungen. Frontex verlangt von den Mitgliedstaaten eine ausdrückliche Bestätigung dafür, dass den rückzuführenden Personen individuell vollstreckbare Rückkehrentscheidungen ausgestellt wurden. Zudem muss diesen die Möglichkeit gegeben worden sein, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen.

Frontex ist dem Schutz der Grundrechte in all seinen Operationen und Aktivitäten verpflichtet, im von uns erteilten Mandat wie in der täglichen Praxis zum Schutz unserer Außengrenze. Zu diesem Zweck sind klare rechtliche Grundlagen geschaffen worden, einschließlich der Überwachung von Rückführungen durch unabhängige Menschenrechtsbeobachter der Agentur. Ein Grundrechtsbeauftragter, ein allgemein zugänglicher Beschwerdemechanismus und ein klar geregeltes Berichtsverfahren für kritische Vorfälle ergänzen diesen Schutzanspruch. Keine andere europäische Agentur hat sich dem Schutz der Grundrechte in einem solchen Maße verschrieben. Das heutige Urteil ist auch eine Chance, etwas Ruhe und Besonnenheit in die hitzig geführte Debatte zu bringen, damit die Grenzschutzagentur weiterhin ihre wichtige Arbeit machen kann."

Kommissarin Ivanova zu Gast im Industrieausschuss

Die Ausschüsse für Industrie, Forschung und Energie und Kultur und Bildung haben heute die designierte EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend Iliana Ivanova angehört. Dazu erklären

Sabine Verheyen (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung:

"Die designierte Kommissarin Iliana Ivanova hat heute gezeigt, dass sie die richtige für den Job ist. Sie hat ein tiefgreifendes Verständnis von den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend. Wir sind davon überzeugt, dass sie die unter Kommissarin Gabriel gestarteten Initiativen engagiert voranbringen und ihre eigenen Akzente setzen wird. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und werden sie unterstützen."

Christian Ehler (CDU), forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Es hat sich heute bestätigt, dass Frau Ivanova eine ausgezeichnete und sehr gut qualifizierte Kandidatin ist. Da sie während des verbleibenden Mandats der Kommission nur begrenzte Zeit haben wird, ist es umso wichtiger dass Europa eine Kommissarin bekommt, die das umfassende Portfolio sofort meistern kann. Sie hat heute gezeigt dass sie über alle Fähigkeiten und Qualifikationen verfügt, die für diesen Job erforderlich sind. Ihre Erfahrung aus dem Europäischen Rechnungshof wird ihr helfen, das größte öffentliche Forschungsprogramm der Welt zu überwachen.“

Medienfreiheit in einigen EU-Mitgliedsstaaten bedroht

Heute hat sich der federführende Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (Europäischen Media Freedom Act, EMFA) positioniert. Hierzu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Vorsitzende des Ausschusses und Berichterstatteerin für das Dossier:

„Wir können die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass die Medienfreiheit in mehreren EU-Mitgliedsstaaten ernsthaft bedroht ist. Wir stehen fest an der Seite der freien Medien und haben für einen ausgewogenen Gesetzestext gearbeitet.“

Unabhängige Medien dienen als öffentliche Wächter, sind eine entscheidende Säule der Demokratie und gleichzeitig ein bedeutender Teil unserer Wirtschaft. Der EMFA zielt darauf ab, eine größere Vielfalt, Freiheit und redaktionelle Unabhängigkeit für europäische Medienunternehmen zu schaffen. Angesichts der ernststen Bedrohungen für die Medienfreiheit in mehreren EU-Ländern ist dieses neue Gesetz notwendig, um nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern tatsächlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Dabei haben wir die Vorschläge der Europäischen Kommission gestärkt, um die Unabhängigkeit der Medien zu sichern und Journalisten zu schützen, ohne dabei unsere einzigartigen kulturellen Unterschiede zu schwächen.

Der EMFA ist ein Balanceakt. Es muss sichergestellt werden, dass die Maßnahmen der europäischen Medienregulierung mit Augenmaß erfolgen und ihre kulturelle Dimension nicht hinter den wirtschaftlichen Aspekten zurücktritt.“

Hintergrund:

Mit dem European Media Freedom Act schafft die EU einen gesetzlichen Rahmen für mehr kulturelle Vielfalt, Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in Europa, um die redaktionelle Unabhängigkeit der europäischen Medienhäuser zu bewahren, das Medienrecht durch Transparenzregelungen zu verbessern und nicht zuletzt Journalisten europaweit zu schützen. Der Bericht des CULT-Ausschusses bezieht auch Online-Plattformen und Suchmaschinen in den Geltungsbereich mit ein. Diese sind Schlüsselakteure dafür, was Europäerinnen und Europäer online sehen. Der European Media Freedom Act wird in der Oktober I Plenarwoche im Plenum abgestimmt, ehe die Verhandlungen mit Rat und Kommission starten können.

Kinder durch überarbeitete Spielzeug-Richtlinie besser schützen

Die EU-Kommission hat heute eine Überarbeitung der Spielzeug-Richtlinie vorgelegt. Dazu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Wir müssen die Überarbeitung der Spielzeuggesetzgebung dazu nutzen, den Schutz für Kinder in der gesamten EU zu erhöhen. Gleichzeitig muss der freie Verkehr von Spielzeug im Binnenmarkt gewahrt werden. Im letzten Jahr waren 23 Prozent aller Produkte, die als gefährlich eingestuft wurden, Spielsachen. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf und deshalb war es höchste Zeit, dass die Kommission diesen Vorschlag veröffentlicht.“

Spielzeug muss sicher sein, schließlich landet es in den Händen der empfindlichsten Verbraucher überhaupt, unserer Babys und Kinder. Die Standards die wir setzen, sollten europaweit einheitlich gelten. Deshalb freue ich mich, dass die Kommission unserem Vorschlag, die bestehende Spielzeugrichtlinie in eine Verordnung umzuwandeln, nachgekommen ist. Eine Vollharmonisierung ist in diesem wichtigen Bereich unbedingt nötig.

Problematisch ist nach wie vor die chemische Zusammensetzung von Spielzeug. Unsere Kinder müssen besser vor schädlichen chemischen Stoffen geschützt werden. Das gilt umso mehr, wenn diese Stoffe ernsthafte Langzeitschäden mit sich bringen könnten. Außerdem müssen wir die Kontrollen stärken, sodass unsicheres Spielzeug schnellstmöglich aus dem Verkehr gezogen werden kann. Ob dies allein durch den Einsatz eines digitalen Produktpasses für alle Spielzeuge erreicht werden kann, werden wir näher untersuchen müssen. Fest steht jedoch, dass die Zusammenarbeit zwischen den Zoll- und den Marktüberwachungsbehörden von größter Bedeutung ist.

Wir sollten uns bei der Überarbeitung auf die bestehenden Schwachstellen der jetzigen Spielzeugrichtlinie konzentrieren, um die Rechtssicherheit zu erhöhen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen. Oberstes Ziel muss sein, die Sicherheit von Spielzeug auch tatsächlich zu erhöhen.“

Vorschlag für einen europäischen Behindertenausweis

Zu den heutigen Vorschlägen der EU-Kommission für einen europäischen Behindertenausweis sowie zu den Plänen über die Digitalisierung in der Koordinierung der sozialen Sicherheit erklärt **Dennis Radtke (CDU)**, sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

Zum europäischen Behindertenausweis:

„Der EU-weite Behindertenausweis ist ein wichtiges Signal an alle Menschen mit Behinderungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Europa. Der europäische Behindertenausweis kann eine wichtige Rolle bei der Beseitigung von Barrieren und der Verbesserung der Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft spielen.“

Die EU-Kommission muss aber dafür sorgen, dass der Ausweis praktisch nutzbar ist und den Bürgern im täglichen Leben tatsächlich Vorteile bringt. Damit der europäische Behindertenausweis für alle so reibungslos wie möglich funktioniert, bedarf es einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienstleistern und Unternehmen, einer engen

Einbindung von Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungsorganisationen sowie öffentlicher Werbe- und Sensibilisierungskampagnen.“

Zur Digitalisierung in der Koordinierung der sozialen Sicherheit:

„Gerade in Zeiten eines kritischen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels in ganz Europa sollten Bürgerinnen und Bürger einfach und unbürokratisch im EU-Ausland arbeiten können. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft unerlässlich.“

Die Digitalisierung und Erleichterung der Anerkennung von Sozialversicherungsleistungen zwischen den Mitgliedstaaten ist der nächste wichtige Schritt auf dem Weg zu einem sozialeren Europa, um Rechtssicherheit, faire Mobilität und die Durchsetzung der Rechte der Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die Kommission sollte einen Europäischen Sozialversicherungspass vorantreiben, um die Interaktion der Bürger mit den Behörden wirklich zu vereinfachen und den grenzüberschreitenden Schutz der Sozialversicherungsrechte zu verbessern.“

EU-Kommission präsentiert Entlastungspaket für KMUs

Zum am 12. September von der EU-Kommission präsentierten Entlastungspaket für kleine- und mittlere Unternehmen (KMUs) erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, Vorsitzender des KMU-Kreises der EVP-Fraktion:

„Das KMU-Entlastungspaket der Kommission war längst überfällig. Seit Jahren haben wir unermüdlich Erleichterungen für unseren Mittelstand gefordert. Jetzt hat die Kommission endlich reagiert. Besserspät, als nie. Besonders positiv ist aus meiner Sicht, dass die Kommission sich endlich zur Ernennung eines KMU-Beauftragten bekennt, der direkt an die Kommissionspräsidentin und den Binnenmarktskommissar berichtet. Das hatten wir jahrelang in zahlreichen Debatten und Anfragen an die Kommission gefordert. Jetzt geht es darum, dass die Kommission den KMU-Beauftragten auch zügig benennt.“

Parlament möchte europäische Verteidigungsindustrie stärken

Das Europäische Parlament hat am 12. September die Verordnung zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung („EDIRPA“) angenommen. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und einer der Berichterstatter des Europaparlaments:

„Die heutige Abstimmung zu EDIRPA markiert einen historischen Moment in der Europäischen Verteidigung. Erstmals werden aus EU-Haushaltsmitteln die Mitgliedstaaten dabei unterstützt gemeinsam Verteidigungsgüter zu beschaffen. Die breite Mehrheit, mit der EDIRPA angenommen wurde, verdeutlicht, dass der dringende Bedarf für ein solches Instrument verstanden wurde. Eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern auf europäischer Ebene ist der Schlüssel zu einer wahrhaftigen gemeinsamen europäischen Verteidigung, in der die europäischen Streitkräfte auf Basis gemeinsamer Ausrüstung effektiv zusammenarbeiten können und Skaleneffekte einen effektiveren Einsatz europäischer Steuergelder ermöglichen. Zudem stellt eine europäische Förderung von gemeinsamer Beschaffung die logische Fortsetzung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Rahmen des europäischen Verteidigungsfonds dar.“

Bedauerlich ist allerdings, dass es hierfür des brutalen Angriffs Russlands auf die Ukraine bedurfte, um diesen lange überfälligen Schritt zu vollziehen. Es steht außer Frage, dass die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Wiederbefüllung Ihrer Bestände wie auch bei der Belieferung der Ukraine mit militärischem Gerät das Gebot der Stunde ist. EDIRPA mit seinem Budget von 300 Millionen ist hierfür ein guter Anfang. Angesichts der Vernachlässigung unserer Verteidigung in den letzten 30 Jahren werden wir aber deutlich mehr tun müssen. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir EDIRPA zeitnah in einem umfassenden und finanziell deutlich besser ausgestatteten Europäischen Verteidigungsinvestitionsprogramm auf eine dauerhafte Basis stellen."

Parlament nimmt überarbeitete Erneuerbare-Energien-Richtlinie an

Das Europäische Parlament hat am 12. September die überarbeitete Erneuerbaren-Energien-Richtlinie angenommen. Dazu erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments für die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie:

„Mit der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie zeigt sich, dass Brüssel auch pragmatisch unbürokratisch kann. Diese Richtlinie kann ein Booster für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien werden, vorausgesetzt die Mitgliedstaaten greifen die Vorlage aus Brüssel auch auf. Hier ist die Bundesregierung dringend gefordert. Wenn sie die Energiewende wirklich vorantreiben möchte, ergreift sie diese Chance.

Das neue Gesetz erhöht das EU-Ausbauziel 2030 für den Energie-Endverbrauch aus Erneuerbaren Energien auf mind. 42,5%. Damit das gelingt, wird u.a. der Ausbau der Erneuerbaren als überragendes öffentliches Interesse eingestuft. Dieser Status ist Garant für schnellere Genehmigungsverfahren. Zudem können „Beschleunigungsgebiete“ festgelegt werden, in denen es Ausnahmen von den Artenschutzvorgaben geben kann. Eine einzelne Haselmaus soll keinen Windpark mehr verhindern können, wenn der Bestand der Haselmäuse gesichert ist.

Das Gesetz ist technologieoffen. Im Fokus sind Wind und Solar, aber auch Wasserkraft, Geothermie oder Gezeitenströme. Von Grünen und anderen wurde zudem die Einstufung der holzbasierten Biomasse als erneuerbar lang bekämpft. Weil Bäume aber eben nachwachsen, haben CDU und CSU sich hier durchgesetzt. Das ist ein positives Signal für die Energiepreise.

Zudem fördert die Richtlinie Innovation, da eine kleine Anzahl von Anlagen vorgeschrieben werden, die über den aktuellen Stand der Technik hinausgehen, bspw. für Pilotprojekte für schwimmende Solarzellen, Winddrachen, Flusskraftwerke, Algenhäuser, Solarstraßen oder Wasserkraftwerke mit Energie von Meereswellen. Nichts ist unmöglich und fast alles hat Zukunft. Damit bietet die EU einen optimalen Rahmen für marktwirtschaftliche und pragmatische Lösungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.“

Parlament stimmt über Luftqualität ab

Das Europäische Parlament hat am 13. September über die Überarbeitung der EU-Luftqualitätsrichtlinie abgestimmt. Dazu erklären

Norbert Lins (CDU), Berichterstatter der EVP-Fraktion:

"Die Luftqualität in der EU hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte stetig verbessert. Trotzdem bestreitet niemand, dass wir auch weiterhin an einer besseren Luftqualität arbeiten müssen. Dabei dürfen wir aber das Maß nicht überspannen. Statt kaum erreichbaren Richtwerten brauchen wir realistische Ziele.

Leider hat sich heute eine Mehrheit aus den Ampel-Parteien und Linken für unrealistische, populistische und drastische Zielwerte und damit Maßnahmen gefunden, die in Deutschland und in vielen weiteren EU-Mitgliedsstaaten Fahrverbote oder die Stilllegung von Industrien und Bauarbeiten bedeuten können. Dies ist nicht zielführend. Statt Verboten und Strafen sind Förderungen für emissionsarme Tätigkeiten und Anreize notwendig.

Ein ehrgeiziges und ambitioniertes Parlamentsmandat befürworte ich, jedoch ist das heutige Ergebnis reine Propaganda und wir werden durch allgemeingültigen strikteren Grenzwerte keine Verbesserung der Luftqualität erreichen können, denn die Notwendigkeit besteht darin die geographischen Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen. Es gibt für eine reinere Luft keine 08/15-Lösung. Die geeignetsten Maßnahmen und Möglichkeiten kennen die lokalen Behörden selber am besten. Da sollten wir auf der Europäischen Ebene keine Steine in den Weg legen.

Ich bin daher gespannt wie sich der Rat in den kommenden Monaten positionieren wird. Wir werden in den Verhandlungen erneut versuchen, anspruchsvolle und gleichzeitig ausgewogene Ziele durchzusetzen, die Umwelt, Klima, Gesundheit und Wirtschaft in Einklang bringen.“

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Mit dieser Abstimmung drohen erneut Fahrverbote und darüber hinaus sogar Stilllegungen von Baustellen und Industrieanlagen. Die Mehrheit von Sozialdemokraten, Grünen, Linken und einem Teil der Liberalen handeln unverantwortlich. Dieses Ergebnis darf nicht das letzte Wort sein. Es ist aus meiner Sicht unverantwortlich Werte zu beschließen, die zu neuen Fahrverboten und Stilllegung von Industrieanlagen sowie Baustellen führen. Ich hoffe auf eine Verbesserung der Situation in den Trilog-Verhandlungen. Wir werden weiter gegen überzogene Maßnahmen kämpfen.

Es ist ein wichtiges und richtiges Ziel, die Luftqualität weiter zu verbessern. Aber wir sollten dabei auf Technologie setzen und nicht auf Verbote. In den letzten Jahren ist viel erreicht worden. Die Werte von Stickoxid und Feinstaub sind seit den 90er Jahren auf ein Drittel gesunken. Unsere Luft ist viel besser geworden, gerade in einer Phase, in der die Menschen, ohnehin verunsichert sind und Industrie zu wenig in Deutschland und Europa investiert, darf es keine weitere Verunsicherung geben.“

Hintergrund:

Heute wurde das Verhandlungsmandat des Europäischen Parlament für die Luftqualitätsrichtlinie verabschiedet. Der Umweltausschuss hatte den entsprechenden Kommissionsvorschlag, der eine Halbierung der Grenzwerte vorgesehen hat, noch weiter verschärft

und zum Beispiel für Feinstaub (PM 2,5) eine Reduktion von 40 µg/m³ auf 10 µg/m³ vorgeschlagen. Das Plenum hat diese Position heute bestätigt. Der Europäische Rat will bis Dezember seine Position festlegen, damit die Verhandlungen zwischen EU-Parlament und EU-Regierungen im Anschluss beginnen können.

Neues Binnenmarkt-Notfallinstrument schützt unsere Wirtschaft in Krisen

Das Plenum hat sich am 13. September zum Binnenmarkt-Notfallinstrument (IMERA - Internal Market Emergency and Resilience Instrument) positioniert. Hierzu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europäischen Parlamentes für das Dossier:

"In der Coronakrise haben wir gesehen, wie schnell die Mitgliedstaaten Grenzkontrollen wieder eingeführt haben, und damit das wirtschaftliche Herzstück Europas fast zum Erliegen kam. Wir wollen mit dem heute beschlossenen Notfallmechanismus dafür sorgen, dass die EU-Staaten den Binnenmarkt auch in der Krise offenhalten. Nur so können wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern. Krisenrelevantes Personal wie Ärzte und Krankenschwestern sollen im Notfall künftig die Grenzregionen durch Vorzeigen eines einfachen QR-Codes passieren können. Angaben zum Arbeits- oder Gesundheitsstatus sollen online durch einheitliche Formulare erfolgen. Diese muss die Kommission aber jetzt schon vorbereiten, damit die digitalen Schnellspuren während der nächsten Krise einsatzbereit sind.

Mit dem Instrument stärken wir zudem die Unabhängigkeit der Unternehmen. Sie sind aufgefordert, freiwillig zur Lösung der Krise beizutragen, indem sie Bestände und Lieferketten krisenrelevanter Produkte der Kommission melden. Geschäftsgeheimnisse, sensible Daten und geschütztes Know-how werden aber nicht angetastet.

Auch eine Regelung zu sogenannten „vorrangigen Produktionsanfragen“ ist vorgesehen, wobei die EU die Kosten trägt. Damit soll eine Hängepartie, wie sie durch den Lieferstreit während der Beschaffung des Impfstoffes von AstraZeneca entstand, verhindert werden. Einen zeitaufwändigen Rechtsstreit werden wir uns in der nächsten Krise nicht mehr leisten können.

Das heute auf den Weg gebrachte Gesetz wird die Personenfreizügigkeit stärken und die Versorgung aller EU-Bürger mit krisenrelevanten Gütern sicherstellen."

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat im vergangenen September das "Notfallinstrument für den Binnenmarkt" (SMEI - Single Market Emergency Instrument) vorgestellt. Es soll die Funktionsweise des Binnenmarktes auch in Krisensituation gewährleisten und europäische Lieferketten krisenresilienter machen. Der Vorschlag sieht ein "Ampel-System" zur Krisenprävention mit weitreichenden Handlungsermächtigungen für die EU-Kommission vor. Sowohl im "Wachsamkeits-Modus", (Stufe "gelb") als auch im Krisen-Modus ("rot") kann die Kommission Lieferketten weitgehend überwachen und den Mitgliedstaaten verbindlich den Aufbau strategischer Reserven krisenrelevanter Güter vorschreiben. Im Krisenmodus können Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zur Produktion krisenrelevanter Güter

für die EU gezwungen werden. Nationale Alleingänge zur Einschränkung der Personenfreizügigkeit werden im Krisenmodus weitgehend eingeschränkt.

Entschließungsantrag zur Regulierung der Prostitution

Das Europäische Parlament hat am 14. September über einen Entschließungsantrag zur Regulierung der Prostitution in Europa abgestimmt. Dazu erklärt **Christine Schneider (CDU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion:

"Wir dürfen als politisch Verantwortliche, aber auch als gesamte Gesellschaft die Augen nicht vor dem Leid verschließen, das Menschen durch Prostitution erleben. Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere.

Deutschland ist durch sein liberales Modell zum "Bordell Europas" geworden mit geschätzten 250.000 Prostituierten, von denen nur zehn Prozent behördlich angemeldet sind. Die anderen leben in der Illegalität. Sie brauchen unseren Schutz. Darum unterstütze ich das Nordische Modell, denn es entkriminalisiert die Prostituierte und zieht diejenigen zur Rechenschaft, die durch ihr Handeln Prostitution erst möglich machen und die aktiv die sexuelle Ausbeutung, den Menschenhandel und organisierte Kriminalität unterstützen.

Wir als EVP setzen uns für Aufklärung und Prävention ein, wir müssen auf der einen Seite die Nachfrage senken und auf der anderen Seite reale Ausstiegshilfen und konkrete Alternativen für die Prostituierten bieten."

Ausnahmeregelungen im Umgang mit dem Wolf und Datensammlung

Die EU-Kommission hat heute die lokalen Behörden aufgefordert, bestehende Ausnahmeregelungen im Umgang mit dem Wolf in Europa auszuschöpfen und hat gleichzeitig eine Datensammlung zur Überprüfung des Schutzstatus gestartet. Dazu erklären die **Agrarpolitiker der CDU/CSU-Gruppe Norbert Lins (CDU), Marlene Mortler (CSU), Peter Jahr (CDU), Christine Schneider (CDU) und Lena Düpont (CDU)**:

"Wölfe stellen eine große Bedrohung für ländliche Gebiete dar. Trotz der drastisch wachsenden Wolfspopulation in Europa stehen sie weiterhin unter besonderem Schutz. Allein in Deutschland ist die Zahl der Wölfe in den letzten 20 Jahren auf über 1500 Tiere gestiegen. Die vom Wolf ausgehende Gefahr muss klar benannt werden.

Mit der heutigen Ankündigung macht die Europäische Kommission einen klaren Schritt in Richtung der europäischen Landwirtschaft. Wir begrüßen die Initiative der Kommission endlich zu handeln. Wir fordern die Kommunen und alle Betroffenen auf die Daten und Folgen der Wolfsangriffe umgehend an die Kommission zu melden. Alle Daten sind wichtig, um den Schutzstatus des Wolfes neu zu bewerten. Wir müssen dafür sorgen, die Sicherheit im ländlichen Raum in Zukunft wieder zu garantieren.

Leider zieht Deutschland bislang nur verspätet mit. Bereits zu Beginn des Jahres hatte die Europäische Kommission die aktuellen Daten der Mitgliedstaaten erfragt. Es ist enttäuschend, dass Deutschland trotz der rapide steigenden Zahlen keine umfangreichen Daten gemeldet hat. Erst heute, zusammen mit der Aufforderung der Europäischen Kommission, meldet sich auch Umweltministerin Lemke zu Wort."

Hintergrund:

Das Europaparlament hat bereits in einer Entschließung im November 2022 die Europäische Kommission dazu aufgefordert, die Entwicklung der Wolfspopulation in Europa regelmäßig zu überprüfen. Außerdem soll der Schutzstatus des Wolfes in bestimmten Regionen geändert werden können. Zusammen mit elf weiteren Umweltministern, hatte sich die deutsche Ministerin Lemke zu Beginn des Jahres dennoch für den Schutz des Wolfes ausgesprochen. Die Kommission fordert Kommunen, Wissenschaft und alle am Thema Interessierten auf, ihr bis zum 22. September 2023 aktuelle Daten über die wachsenden Wolfspopulationen und die Folgen zu melden (EC-WOLF-DATA-COLLECTION@ec.europa.eu).

Weitere Informationen von der Europäischen Kommission: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4330

Meine Plenarrede zu dem Thema ist [hier](#) abrufbar.

Mein Mittelfranken

Frisch, fair und nachhaltig: Die kleine Markthalle in Heideck



Dieser regionale Naturkostladen wurde als einer der besten Bioläden Deutschlands ausgezeichnet. Endlich hatte ich die Gelegenheit Sandra Badura vor Ort zu besuchen und ihr zum Preis zu gratulieren!

Seit 2017 bieten sie und ihr Team hochwertige Lebensmittel aus der Region und ganz Bayern an. Von frischem Obst und Gemüse über Molkereiprodukte bis hin zu Brot und Fleisch - dort finden wir Kunden alles, was das kulinarische Herz begehrt. Auch wenn es um Nachhaltigkeit geht, ist der regionale Naturkostladen

vorne mit dabei: Unverpackte Lebensmittel wie Obst, Gemüse, Käse und Brot können dort in mitgebrachte Behältnisse abgefüllt werden.

Was mir besonders gefällt: In der kleinen Markthalle hat jede Saison ihren Auftritt. Das Beste aus jeder Jahreszeit kommt in die Theken. Ein toller Laden! Weiter so!

Von R bis R: Startschuss für die neue Karpfensaison

Am 1. September fiel in Bechhofen der Startschuss für die neue Karpfensaison. Ehrengäste waren unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder und unsere bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Die Karpfensaison beginnt traditionell Anfang September und endet mit dem April.

Unsere Teichwirte zeigten sich zufrieden, die Karpfen haben die Witterungen gut mitgemacht und der Preis bleibt zum Vorjahr weitgehend stabil. Ich freue mich wie jedes Jahr sehr auf die Saison. Denn zu meinen Leibspeisen zählt der gebackene Karpfen - möglichst zweimal paniert!

Hofladentour: Holunder und Johannisbeere

Bei Frankenholunder und der Familie Waldmüller in Meilenbach sind die Liebe und Leidenschaft für Holunder und schwarze Johannisbeeren beim Besuch zu erleben und zu spüren.

Der Betrieb ist ein großartiges Beispiel für leckere regionale Produkte und deren erfolgreiche Vermarktung in der Region und darüber hinaus. Es gibt einen eigenen Hofladen mit einer breiten Produktpalette. Mein Highlight: der cremige Johannisbeere-Balsamico. Ein Genuss!



Hopfenzupferfest in Spalt

Unsere Hopfenbauern fahren ihre Ernte nach Hause. Ganz zufrieden dürften sie in diesem Jahr mit ihren Erträgen nicht sein. Es war nicht das ideale Wetter für den Hopfen. Für die Zukunft brauchen wir neue, trockenolerantere Sorten sowie ausgeklügelte Bewässerungssysteme, um die Erträge zu sichern und den Hopfenanbau in Deutschland zu erhalten.

Nichtsdestotrotz war die Stimmung in Spalt wie immer bestens. Auch Dank des rührigen und kreativen Bürgermeisters Udo Weingart!

Spätsommer im Nürnberger Land: Das Weinfest am Schlossplatz in Schwaig



Schöner Ausklang eines Spätsommertages im Nürnberger Land: Das traditionelle Weinfest am Schlossplatz in Schwaig.

Unser Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder war auch zu Gast. Und auch meine lieben Kolleginnen Petra Götz und Marion Fischer- Landtags-Listenkandidatin für das Nürnberger Land.

Gredinger Trachtenmarkt

Unter dem Motto „Markt der Jubiläen“ fand der Gredinger Trachtenmarkt am 2. und 3. September statt. Vor 30 Jahren fand die beliebte Veranstaltung zum ersten Mal statt und die Trachtenbewegung in Bayern kann heuer auf ihr 140-jähriges Bestehen zurückblicken.

Einer der Höhepunkte war die Gruppe aus Südmähren. Der Bezirk Mittelfranken hat mit der Region in Tschechien vor wenigen Monaten eine offizielle Partnerschaft geschlossen. An beiden Tagen präsentierten die Gäste ihre landestypischen Trachten auf dem Podium vor dem Rathaus.



Herzensangelegenheiten

Alttextilrecycling TURNs macht aus alten Kleidern neue Garne

Ein zweites Leben für T-Shirts und Co - Das schenkt das Dienstleistungsunternehmen für Alttextilrecycling TURNs alten Stoffen. Das junge Unternehmen bereitet alte Kleidung zu neuen Garnen auf. Als erster Dienstleister bedienen sie den gesamten Prozess von der Annahme bis zur Herstellung ihres recycelten Garns.

Ich habe mich kürzlich mit den Gründerinnen Katja Wagner und Angelique Thummerer in Ansbach getroffen und mit ihnen über ihr großartiges Projekt gesprochen. So geht Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft - innovative Ideen wie diese brauchen wir mehr!



Lesenswert

State of the European Union 2023

Lesen Sie die diesjährige [Rede zur Lage der Europäischen Union](#) von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.